

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1899

280 (28.11.1899) Abendblatt

Anzeige:
Wöchentlich zwölf mal.
Abonnementpreis:
vierteljährlich:
in Karlsruhe durch eine Agentur bezogen: 2 Mark 50 Pf.,
in das Haus gebracht: 2 Mark 80 Pf.,
durch die Post ohne Zustellgebühr 2 Mark 50 Pf.
Vorauszahlung.
Redaktion und Expedition:
Hirschstraße 9.
Telephonanschluß Nr. 401.

Badische Landeszeitung

mit Parlamentsausgabe und Verlosungsbeilage.

Anzeigegebühr:
Die 1spaltige Kolonelleiste oder deren Raum für 2000 Inserate 15 Pf., für 4000 wöchentliche Inserate 20 Pf., im Restmetel 60 Pf. Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt.
Bemerkungen:
Unbenutzt gebliebene Einserungen werden nicht aufbewahrt und können nachträgliche Honoraranprüche keine Berücksichtigung finden.

Nr. 280. Abendblatt.

Karlsruhe, Dienstag, den 28. November

1899

Arbeit thut not.

An die Mitglieder der nationalliberalen Partei ergoht in den Tagen von der Berliner Centrale der nationalliberalen Partei herausgegebenen „Mitteilungen für die Vertrauensmänner“ die eindringliche Aufforderung, die neuen Zeichen zu beachten, die so kurz nach den Wahlen auf die Möglichkeit eines nahen Kampfes hindeuten, und die Organisationen auf der ganzen Linie darauf hin zu prüfen, ob einer Wiederholung des Kampfes mit Zuversicht entgegenzusehen werden könne. Namentlich wird diese Pflicht den preussischen Kreisen eindringlich nahegelegt, denn ihnen steht ein Kampf um die Landtagsmandate in Aussicht:

Steht es dabei, daß die Regierung, was sie sich selbst und vor allem auch dem Ansehen der Krone schuldet, — die Kanalvorlage sofort nach Beginn der Landtagsession wieder einbringt, und bleibt es bei dem Widerstand, an dem die erste Vorlage im August gescheitert ist, so ist die Auflösung des Landtags um Ostern herum unvermeidlich. Dann gilt es, in der Kanalvorlage jene großen Interessen der wirtschaftlichen Sammlung zu vertreten, wie sie der Centralvorstand und die Fraktionsvorstände in ihrer gemeinsamen Erklärung vom 7. März 1898 betont und erläutert haben, — im Sinne eines Ausgleichs auf dem Boden gegenseitiger Anerkennung. Dann gewinnt das Wort des Reichskanzlers seine besondere Bedeutung, daß auch die Befriedigung über die künftige Handelsvertragspolitik erschwert werde, wenn die Vertretung agrarpolitischer Interessen die Befriedigung eines dringlichen Verkehrsbedürfnisses verweigert, weil vermeintlich nur der Industrie neue Vorteile damit bereitet würden. Die nationalliberale Partei ist dann berufen, an erster Stelle den Kampf um Gleichberechtigung der Interessen von Industrie, Landwirtschaft und Handel zu führen, und der Ausweg wäre von höchster Bedeutung für die gesamte Gestaltung unserer inneren politischen Verhältnisse.

Im Anschluß hieran wird nachdrücklich das Gebete der gegnerischen Parteien zurückgewiesen, die auch jetzt wieder unruhigbare Mühle darauf verschwenden, allerhand Meinungsverschiebheiten herauszusuchen, bald zwischen Nord und Süd, bald zwischen links und rechts, bald zwischen Sozialreformern und Gegnern des sozialpolitischen Fortschritts. Alle diese Ausstellungen haben weiter keine Bedeutung, als daß sie zeigen, was die Gegner sehen möchten. In den eingehenden Berichten der berufenen Vertretungen von Provinzialparlamenten und Delegiertenversammlungen befindet sich im Gegenteil überall im Reiche unverkennbar der bestimmte Wille, die Partei über obwaltende Schwierigkeiten hinwegzuheben und innerlich zu kräftigen in der Gewissheit, daß die Partei gar nicht entbehrt werden kann. Dann heißt es u. a. weiter:

Zu große Interessen müßten aber nottun, wenn die nationalliberale Partei in Erfüllung ihrer wahren Pflichten lässig werden sollte. Ihres Amtes ist es, aus den Beobachtungen im Süden des Vaterlandes die praktischen Folgen zu ziehen. Ein widerwärtiges Bündnis der von sozialparteilichen Tendenzen durchsetzten Centrumpartei mit der Sozialdemokratie hat in Bayern das verhängnisvolle Ergebnis gezeitigt, daß die Ultramontanen nach langer Zeit wieder die selbständige Mehrheit im Landtag erringen konnten. Dasselbe widerwärtige Bündnis hat in Baden dahin geführt, daß zwar das Centrum nur geringfügigen Gewinn erzielte, desto größeren aber die Sozialdemokratie. In Oberbayern hat der gemäßigtere Liberalismus den Agrar-kommunisten manches wertvolle Landtagsmandat überlassen müssen. Die Verluste treffen zwar unmittelbar die nationalliberale Partei, aber mittelbar treffen sie noch weit empfindlicher den nationalen Gedanken an sich und das freie Geistesleben, wie das wirtschaftliche Gemeinbewußtsein. Die Auswirkungen auf den Gang der Reichspolitik können nicht ausbleiben, wenn nicht im Norden wie im Süden die beste Kraft aufgegeben wird, um die Partei, wo sie zurückweichen mußte, wieder in Vorwärtsbewegung zu bringen, und um die wackeren Freunde, wo sie ihre Positionen mit Erfolg noch verteidigten, zur Fortführung des Kampfes zu ermuntern.

Der nationalliberalen Partei kommt es auch in allererster Linie zu, die äußeren Machtsinteressen des Reiches im Walle verständlich zu machen und ihnen in den breitesten Schichten derart geeigneten Boden zu bereiten, daß sie aus dem opferwilligen Sinne der Gesamtheit heraus ihre Befriedigung finden. Es ist aber keine gesunde Entwicklung mehr, wenn in jedem Einzelfall oder für jedes besondere Machtbedürfnis des

Reiches eine besondere Organisation hervortritt, die für sich in Anspruch nehmen möchte, was in erster Linie wir zu leisten hätten. Auf die Dauer darf sich vergleichen nicht wiederholen. Wie sollte denn sonst die Abwägung aller in Betracht kommenden Interessen — der politischen, der volkswirtschaftlichen und finanziellen — bei solchen Nachfragen gesichert sein? Das einseitige Betreiben fördert die ausgleichende Beantwortung dieser Fragen nicht, sondern schädigt sie. Unseres Amtes ist es, das Volk erst aufgrund sorgfältiger Abwägung jener mitberührten Interessen Stellung nehmen zu lassen. Wollen wir nun in diesen Dingen nicht vor minder zweckdienlichen Organisationen des Augenblicks zurücktreten, dann müssen wir eben pfllichtmäßig am Werke bleiben, dann darf sich keiner in die Ecke stellen, dem gelegentlich etwas an der Partei nicht gefällt, sondern es muß jeder willens sein, zum Wohle der Gesamtheit mitthätig zu bleiben.

Wir dürfen uns nicht einbilden, schließt der bemerkenswerte Aufsatz, daß die Arbeit auf die Länge der Zeit leichter werde: sie erfordert wachsende Entschlossenheit und immer größere Geduld. Gutes ist aber ganz gewiß: wenn die extremen Richtungen so grundtätig zerrüttende Differenzen dennoch vor aller Welt ausstrahlen können, wie es die Sozialdemokratie in Hannover getan hat, dann schadet es uns an der Gesundheit noch lange nichts, wenn wir über vorübergehende, meist nur taktische Differenzen gelegentlich auch einmal auf offenem Markte uns unterhalten.

Deutsches Reich.

Der Verband deutscher Arbeitsnachweise hat sich nach der „Sozialen Praxis“ seit seiner Begründung zu Beginn des vorigen Jahres erfreulich entwickelt. Die Zahl der Arbeitsnachweise ist von 26 auf 92 gestiegen. In Preußen gehören dem Verbande 40 Städte (aus dem Rheinlande Aachen, Bonn, Duisburg, Düsseldorf, Essen, Köln, Kreuznach, M. Gladbach, Neuß, Rhodt, Trier) an, in Bayern 7, Sachsen 2, Württemberg 13, Baden 12, Hessen 5, Lippe 1, Hamburg 1, Elsaß-Lothringen 2. Doch ist die Verteilung der Arbeitsnachweise auf das Reichsgebiet keine gleichmäßige, es haben sich vielmehr an einzelnen Stellen Gruppen von Arbeitsnachweisen konzentriert, besonders in Baden, Württemberg und dem Regierungsbezirk Düsseldorf, d. h. da, wo Landesregierung oder Regierungspräsident eine kräftige Initiative ergriffen haben. In Württemberg und Bayern hat die Regierung eine Centralstation des Arbeitsnachweises herbeigeführt, wodurch ein einheitliches Verfahren bei der Vermittlung erzielt und auch eine einheitliche Statistik ermöglicht wurde, wie solche bereits bei den dem badischen und dem rhein-mainischen Verbände angehörenden Arbeitsnachweisen zur Einführung gelangt ist. Die Erzielung einer einheitlichen Statistik bildet eine der Hauptbetreibungen des Verbandes. Eine gewisse Einheitlichkeit ist bis jetzt infolge auch schon erreicht, als sämtliche Verbandmitglieder eine monatliche Uebersicht über den Geschäftverkehr nach gleichem Muster aufstellen und dem Arbeitsmarkt zur Veröffentlichung einreichen. Das Augenmerk ist auch auf die Frage der Arbeitsvermittlung der ländlichen Arbeiter gerichtet worden. Die Frage wird wahrscheinlich die nächste Verbandsversammlung wieder beschäftigen, weiter der Streit, ob dem paritätischen Arbeitsnachweise oder der einseitigen Verwaltung durch Arbeitgeber oder Arbeitnehmer der Vorrang zu geben sei. Das zweifellos zugunsten der paritätischen Arbeitsnachweise ausfallende Votum des Verbandes wird zugleich mit dem nächsten Jahreskongress in Verhandlungen über den Antrag Hölste auf reichsgesetzliche Regelung des Arbeitsnachweises auf paritätischer Grundlage einen weiteren Anstoß zur Errichtung neuer gemeinnütziger Arbeitsnachweise auf paritätischer Grundlage geben.

Die bayerische Rompilgerfahrt. Eine ebenso ergötzliche, wie lehrreiche Unterhaltung hat sich zwischen der „Neuen Bayerischen Zeitung“ und der ebenfalls hierischen „Augsburger Postzeitung“ über die Pilgerfahrt der Bayern nach Rom anlässlich des Jubeljahres entsponnen. Der Chefredakteur der „Augsburger Postzeitung“, Nieperhaufen, agitiert als „Generalsekretär der bayerischen Rompilgerfahrt“ in recht eigenartiger Weise, indem er schreibt: „Man erwartet eine außergewöhnliche Beteiligung an dem bayerischen Pilgerzuge aus allen Kreisen und Schichten der katholischen Bevölkerung Bayerns. Der heilige Vater hat die Seligsprechung der ehrwürdigen Cerescentia von Kaufbeuren für den Monat Mai des nächsten Jahres festgesetzt, sodas dieselbe zur Zeit des bayerischen Pilgerzuges unter möglichst großen Solennitäten in der Peterskirche stattfindet.“ — Die „Neue Bayerische Zeitung“ hält diese Auslassung für nicht sehr glücklich gewählt, weil sie den Eindruck mache, als ob von Rom aus, was aber ganz und garnicht der Fall sei, dieser Pilgerzug in Szene gesetzt werde. — Ja, diesen Eindruck muß die fragliche Auslassung der „Augsburger Postzeitung“ allerdings machen. Und da man weiß, wie ausgezeichnet der Vatikan es versteht, Veranstaltungen zu treffen, die ihre Wirkung im Interesse einer möglichst glanzvollen Huldigung für das Papsttum in gewissen katholischen Kreisen nicht verfehlen, so wird man trotz der Ablehnung der „Neuen Bayerischen Zeitung“ überzeugt sein dürfen, daß die Seligsprechung der ehrwürdigen Cerescentia von Kaufbeuren von der Kurie absichtlich so gelegt wurde, daß sie zum Anschluß an die bayerische Rompilgerfahrt anzuregen kann.

Das Befinden des Großherzogs. Die „Luxemb. Jtg.“ meldet aus München: Dr. med. Herzog Karl Theodor in Bayern untersuchte Donnerstag vormittag in seiner Augenklinik den Großherzog von Luxemburg, der an einem leichten Augenkatarrh leidet. Bekanntlich mußte sich der hochbetagte Fürst vor einigen Jahren in Zürich einer Staroperation unterziehen. Nachmittags 1/2 Uhr begab sich der Großherzog nach Schloß Hohenburg zurück. Herzog Karl Theodor in Bayern, der fürstliche Augenarzt, hat bekanntlich eine Schwester der Erbprinzessin von Luxemburg zur Gemahlin, die ihm mit großer Aufopferung bei der Ausübung seines Berufes an die Hand geht.

Neue Eisenbahn in Russisch-Polen. Der verstorbene russische Kriegsminister Bannowski hatte behufs strategischer Sicherung des linken Weichselufers den Grundriß aufgestellt, daß in diesem Gebiet keine Bahnverbindungen nach der deutschen Grenze zugelassen seien. Infolge dieses bis jetzt festgehaltenen Grundrißes führt auf der ganzen Länge von Thorn im Norden bis Sosnowice im Süden kein einziger Schienenstrang nach dem Innern Russisch-Polens, und Warschau, sowie das „russisch-polnische Manchester“ Lodz sind sowohl von Berlin als von Breslau aus nur auf sehr großen, kostspieligen und zeitraubenden Umwegen zu erreichen. Der immer reger und bedeutamer werdende Geschäftsverkehr zwischen diesen Orten hat die interessantesten Kreise schon seit langen Jahren auf eine Befestigung dieses Uebelstandes durch Bahnverbindungen von Lodz nach Kalisch einerseits für den Verkehr nach Berlin, nach Wieruszow-Wilhelmsbrück andererseits für den Verkehr nach Breslau hinarbeiten lassen. Deutscherseits sind diese Bemühungen auch, wie es heißt, seitens der Reichsregierung kräftig unterstützt worden. Jetzt kommt ein Warschauer Blatt mit der Meldung, das nunmehr im russischen Ministerium der Telekommunikationen der Bau einer Bahn Warschau-Lodz-Kalisch mit Anschluß nach Berlin und Breslau im Prinzip genehmigt sei und daß nur, da der Bau an eine private Gesellschaft vergeben werden solle, in der Hauptsache noch die Wahl zwischen den verschiedenen Bewerber um die Konzession schwebt. Die Richtung der Bahn ist vom Kommunikationsministerium durch die Punkte Warschau-Sochaczew-Lodz-Kalisch mit Anschluß an der preussischen Grenzstation Stalmitz und mit einer Abzweigung von Sieradz nach Wieruszow-Wilhelmsbrück angegeben. Als Bewerber um die Konzession werden die Verwaltung der Warschau-Wiener Bahn, der als Vertreter eines ausländischen Finanz-Konjunktums fungierende russische Generalstabsoberst von Tiesenhäuser, J. Bloch und Baron Kronenberg genannt. Wie wichtig die Ausführung dieses Projekts für die mächtig aufstrebende Industrie Russisch-Polens wäre, zeigt u. a. die jetzt hier wie in Südrussland herrschende Kohlenkrise, infolge deren Fabriken und Haushaltungen in größte Verlegenheit geraten. Trotz der bisherigen ungenügenden Bahnverbindung und des russischen Kohlenzolles hat die Einfuhr schlesischer Kohlen ganz außerordentlich zugenommen; in Warschau kommen, wie von dort berichtet wird, jetzt täglich 20 bis 30 Waggons schlesische Kohle an, während früher nur etwa 5 Waggons gebraucht wurden.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 28. Nov.
4. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.
Präsident Gönnert eröffnet die Sitzung um 11 Uhr.

Schilderungen vom Kriegsschauplatz.

VIII.

Belmont, 25. Nov.

Der Vormarsch des Generals Methuen.
Lord Methuen verjucht diese Nacht seinen Vormarsch wieder aufzunehmen, indem er, wie ich bereits meldete, Belmont und den davor südöstlich gelagerten Kaffir's Kop umging. Da der Kampf an vorliegender dem Beweis erbracht hatte, daß wir auf dem ganzen Wege gegen Kimberley auf den heftigsten und ernstesten Widerstand des Feindes zu rechnen hätten, so gab der kommandierende General seinen ursprünglichen Plan, ohne Gepäck — Train in wenigen Parforcemärschen unter möglicher Benützung der Eisenbahn Kimberley zu erreichen, auf, und diesmal zogen wir mit voller Bagage und Proviantzügen aus, sodas wir eventuell wochenlang, gleichviel wo, kampieren und, eingeschlossen, uns verteidigen und selbst genügen können. Die Taktik geht dahin, nicht zu marschieren, die feindlichen Zwischenstellungen zu umgehen, ohne zu kämpfen, da aber, wo das nicht möglich, den Gegner unter dem Schutze der Dunkelheit zu überrumpeln und vor allem Truppen und Offiziere nicht einem mörderischen Feuer aussetzen. An einen schnellen Entfaltungsmarsch nach Kimberley denkt heute niemand mehr. Wir wissen, daß uns im besten Falle diesseits des Modderflusses die schwere Aufgabe erwartet, erst die dort liegenden starkbesetzten Höhenzüge zu nehmen, dann den Uebergang über den Fluß zu erzwingen und schließlich uns zu Herren der zwischen dem Modderfluß und Kimberley liegenden mit schwerer Artillerie besetzten Positionen des Feindes zu machen, ehe wir da an denken können, den dort belagerten Hülsen zu bringen. Wir zogen um 3 Uhr nachts zum Samstag mit der 9. Brigade (dieselbe besteht aus den 1. Northumberland Füsiliers, 1. Royal North Lancashire, 2. Berkshire und 1. Royal Munster Füsiliers) der Schiffsbrigade, den Marine-Soldaten, 2 Batterien Artillerie und den 9. Lanzenreitern aus, während die Garden den Train und die Munitionskolonnen führten und die Nachhut deckten. Im Lager am Orange-Fluß blieb nur ein kleines Beobachtungsbataillon zurück. So zogen wir in voller Gefechtsformation, 7500 Mann stark, auf der Landstraße, von Witteps

über Schalk Farm links abshwenkend und den Kaffir's Kop und Belmont glücklich umgehend, ohne angegriffen zu werden, und waren halbwegs zwischen letzterem und der Eisenbahnstation Graaspans gelangt, als unsere Nachhut plötzlich von den 500 am Kaffir's Kop lagernden Buren, die uns offenbar doch bemerkt hatten, angegriffen und gestellt wurde. Fast gleichzeitig eröffnete ein aus 1500 Mann geschätztes Burenkommando vor uns von einer leichten Bodenwelle her, welche sich hier etwa 60 Fuß hoch über die Straße hinzieht, ein mörderisches Feuer auf unsere Infanterie von der 9. Brigade, die nach kurzem Widerstande zurückfiel. Lord Methuen hatte indes inzwischen die beiden Batterien ins Centrum gerückt und warf unter ihrem Schutze und während sie die Burenstellungen mit einem vernichtenden Feuer absetzte, dem Feinde Marine-Soldaten entgegen; gleichzeitig griff die Schiffsbrigade mit ihren Geschützen die rechte Flanke der Buren an, während die Kavallerie deren Stellung umging und weit hinter derselben Posto saß. Unsere Infanterie wurde auf beiden Flügeln zu einer Umgehungsabewegung verwendet und 2 Stunden später, es war 8 Uhr geworden, hatten wir den Feind dank unserer etwa fünfmaligen Uebermacht in einen großen Halbkreis genommen und beschossen denselben in Front, Flanken und Rücken. Trotzdem leisteten die Buren verzweifeltsten Widerstand. Sie hatten sechs Siebenfüßler in ihrem Centrum, ein Maximgeschütz auf der linken und eine Nordensfeldkanone auf ihrem rechten Flügel, und schossen vorzüglich. Als ihre Stellung so nicht zu nehmen war, befahl Lord Methuen, diese im Sturm zu nehmen. Die Buren ließen unsere Leute bis auf 30 m herankommen und gingen erst zurück, als die Füsiliers auf beiden Flanken ihre Reihen durchbrachen und sie in Gefangenschaft, von ihren Pferden abgehoben zu werden. Sie ließen einige 20 Leiden zwischen den Steinblöcken zurück, welche ihnen Schutz geboten hatten und galoppierten einige 600 m zurück, um dort auf einer stärkeren Hügelreihe sich wieder niederzuerwerfen, während ein großer Teil derselben nach links schwenkte und dort auf einer anderen kleinen Anhöhe sich festsetzte. Unsere Umgehung war damit neutralisiert und unsere linke Flanke selbst, sowie unsere ganze Stellung in ein Kreuzfeuer genommen und überdies unsere gesamte Kavallerie abgehoben. Zur Stunde haben wir von dieser noch keine Nachricht und wissen nicht, ob dieselbe gefangen genommen,

oder mit dem Feinde kämpft. Dieser nahm sein Feuer sofort wieder auf und um 10 Uhr brach General Methuen das Gefecht ab, da die Marine-Soldaten und unsere Artillerie zu schwer gelitten hatten (beider beste Offiziere waren tot oder verwundet) und auf die Infanterie zu einem weiteren Sturm mit dem Bajonett kaum zu zählen war. So gingen wir jenseits der Straße zurück, und begannen unsere Verwundeten zu sammeln. Der General Methuen den Kampf nach einer Ruhepause wieder aufzunehmen gedenkt, wissen wir natürlich nicht, ist aber wenig wahrscheinlich, zumal unsere Kundschafter melden, daß 20 km nordwärts weitere 3000 Buren stehen und ein starkes Korps überdies die Colbergshögelkette bei Honeynessfloof hält.

Jedenfalls werden wir uns auf schwere blutige, fast tägliche Kämpfe jetzt gefaßt machen müssen, wenn wir überhaupt über den Niet- und Modderfluß hindurchkommen. Nach den Erfahrungen der letzten Tage ist mit den uns zur Verfügung stehenden Streitkräften dazu wenig Aussicht, denn wie sollen wir die von mindestens 6000 Buren verteidigten, stark besetzten und schon von Natur fast uneinnehmbaren Höhen wegnehmen, wenn wir tagelang von 1500 bis 2000 Buren hier auf dem fast flachen Felde aufgehalten, unsere besten Offiziere weggeschossen und unsere Mannschaften decimiert werden. Thatsächlich hat denn auch Lord Methuen während des heutigen Kampfes in Kapstadt Verstärkungen, besonders an Kavallerie und Artillerie verlangt. Die aber können erst in Wochen eintreffen, da beide entweder nicht vorhanden oder nicht feldtätig sind. Unsere Verluste in dem heutigen Gefecht sind noch nicht bekannt, es heißt nur, daß einige zwanzig Offiziere tot, resp. schwer verwundet sind, darunter der Kommandant des Kriegsschiffes „Monarch“, zwei Schiffskapitäne, der Kommandant des Panzerschiffes „Powerful“, der erste Kapitän des „Monarch“ u. s. w.

Deutscher Kriegsschauplatz.

Durban, 26. Nov.
General Buller ist in Pietermaritzburg eingetroffen und wird werden nun wohl etwas von einer thätigen Aktion hören. Alles was heute über den Rückzug der Buren unter Joubert und die Vereinigung der Truppen General Gilyard

Eingegangen ist u. a. ein Schreiben aus Weisbach bezugnehmend auf die Wahlmännerwahl im Bezirk Oberbach-Buchen.

Es erfolgt die Konstituierung der ständigen Kommissionen in abgeklärter Form.

Hg. Wader (Centr.) macht folgende Vorschläge, die ohne Debatte einstimmig genehmigt werden:

Budget-Kommission: Die Abgeordneten Riefer, Franz, Willens, Straub, Krieche, Pfeiffer, Uebel, Giesler, Bug, Breitner, Laub, Schüler, Heimburger, Bles, Dresbach, Pfaffen und Stockhorner.

Kommission für Eisenbahnen und Straßen: Klein, Hoering, Schmid, Greif, Bengold, Obkircher, Kirchenbauer, Weber, Blümmel, Dieterle, Fischer II., Grüninger, Seppert, Zehnter, Pfleger, Deder und Wed.

Revisions-Kommission: Reimbach, Müller-Beinheim und Müller-Beschingen, Reuwit, Obkircher, Franz, Burkhard, Armbruster, Blümmel, Jennig, Köhler, Gerth, Herr, Hoffmann, Hendrich, Kramer und Wampel.

Kommission für Geschäftsordnung, Archivariat und Bibliothek: Köpfer, Blantenborn, Wittum, Birtenmeyer, Armbruster, Zehnter und Geis.

Zur Beratung des mündlichen Berichts der Budget-Kommission über den Gesetzentwurf, die Steuererhebung in den Monaten Dezember 1899 und Januar bis mit März 1900 betreffend, wird die Sitzung auf kurze Zeit unterbrochen.

Der Gesetzentwurf wird einstimmig angenommen.

Der Finanzminister Dr. Buchenberger ergriff hierauf das Wort zum folgenden Finanzberichts:

Bevor ich auf die Einzelheiten des neuesten Staatsvoranschlags eingehen, lasse ich Ihnen in wenigen Sätzen die rechnerisch-mathematischen Ergebnisse der letzten Jahre vorführen und mache einige Betrachtungen an diese Zahlen knüpfen. Die Budgetperiode für 1892/93 hatte inhaltlich der Staatsrechnungen der allgemeinen Staatsverwaltung mit einem Fehlbetrag im ordentlichen und außerordentlichen Etat von 8 940 500 M., jene für 1894/95 immer noch mit einem solchen von 4 054 830 M. abgeschlossen. In der Budgetperiode für 1896/97 tritt die Wendung zum Besseren ein; das budgetmäßige Defizit (ordentlicher und außerordentlicher Etat zusammen gerechnet) betrug 8 842 561 M., während in Wirklichkeit sich ein Ueberschuß von 1 900 907 M. ergab. Diese Besserung zeigt sich in der nunmehr ablaufenden Budgetperiode, und zwar in steigendem Maße fort. Der Staatsvoranschlag für das erste Jahr der Budgetperiode 1898/99 schloß im ordentlichen Etat mit einem Ueberschuß von nur 289 486 M. ab; der rechnerisch-mathematische Ueberschuß im ordentlichen Etat bezifferte sich dagegen auf 8 654 689 M., somit höher als den anfänglichen Betrag von 8 965 193 M. Aus diesen Ueberschüssen des ordentlichen Etats konnten die Bedürfnisse des außerordentlichen Etats im Netto-betrag von 5 760 226 M. nicht nur voll gedeckt werden, es verblieb vielmehr noch ein restlicher Ueberschuß von 2 894 463 M., der dem Betriebsfond zugewachsen ist, wovon letzterer sich Ende 1898 auf die Summe von 19 468 310 M. stellte. Angesichts so beträchtlicher Aufwendungen für außerordentliche Bedürfnisse in Höhe von fast 6 Millionen Mark darf man das rechnerisch-mathematische Ergebnis im Staatshaushalt des ersten Jahres der laufenden Periode als ein recht erfreuliches bezeichnen. Auch das laufende Jahr 1899 verspricht einen günstigen Abschluß zu liefern.

Aus den Ihnen zugehenden Materialien — I. Beilagenheft — werden Sie die Bewegung des Staatshaushalts der beiden letztverflossenen Jahre 1897 und 1898 im Einzelnen erkennen und insbesondere gerne daraus entnehmen, in welcher bedeutender Weise nahezu alle Staatseinnahmen, vor allem die Steuerquellen, die Voranschlagslage überschritten haben. Im Jahr 1897 ergab sich gegenüber dem Budget eine Brutto-Ueberschneidung in der Domänenverwaltung von 911 701 M., bei den direkten Steuern eine solche von 1 278 549 M., bei den indirekten Steuern eine solche von 8 785 624 M., bei den Zölle- und Polizeigebühren und sonstigen Einnahmen eine solche von 939 931 M., zusammen also eine Brutto-Ueberschneidung von 8 915 805 M.

Im Jahr 1898 ist dieses Einnahmepplus infolge des Ertragsrückfalls der indirekten Steuern gegenüber den Budgetvoranschlägen noch wesentlich größer; es beläuft sich die Brutto-Ueberschneidung bei der Domänenverwaltung auf 915 109 M., bei den direkten Steuern auf 1 103 129 M., bei den indirekten Steuern auf 8 587 252 M., bei den Zölle- und Polizeigebühren und sonstigen Einnahmen auf 911 841 M., zusammen demnach auf 8 283 831 M. Unter den Steuern sind es vor allem die indirekten Steuern gewesen, die an diesem Mehrertragsrückfall den Hauptanteil haben, und unter den indirekten Steuern vornehmlich die Biersteuer einer, die Gegenwarts- u. z. c. Accise andererseits. Die Biersteuer lieferte im Jahre 1897 gegenüber dem Voranschlag ein Mehr von 1 908 940 M., im Jahre 1898 ein solches von 2 191 405 M., die Gegenwarts- u. z. c. Accise Mehrbeträge von 1 938 133 M. und von 2 747 180 M. Die Biersteuer, die im Jahre 1897 eine Summe von 7 053 120 M. abwarf, erreichte im Jahre 1898 ein Erträgnis von 8 404 991 M.; die Gegenwarts- u. z. c. Accise ergab im Jahre 1897 4 984 098 M., im Jahre 1898 sogar 6 233 297 M. An diesen erfreulichen Ergebnissen der allgemeinen Staatshaushaltsrechnungen haben auch die ausgeschiedenen Zweige, insbesondere die Eisenbahnverwaltung, Anteil genommen. Im Jahre 1897 haben sich die Reinerträge der Staatsbahn (einschließlich des Anteils am Ertrag der Main-Neckar-Bahn und einschließlich des Ertrags der Dampfstraßenverwaltung) gegenüber den Voranschlagsziffern um 7 915 668 M., im Jahre 1898 um 8 675 592 M. günstiger gestellt. Diesen günstigen Abschüssen entsprechend konnte im Jahre 1897, ungeachtet eines Bauaufwands zu Lasten des außerordentlichen Etats in Höhe von 6 518 264 M., eine effektive Schuldentilgung im Betrage von 6 148 682 M., im Jahre 1898 bei einem Bauaufwand von 10 488 645 M. eine effektive Schuldentilgung von

3 353 820 M. herbeigeführt werden. Demgemäß ergab sich auf Ende 1898 ein Schuldenstand der Eisenbahnschuldentilgungskasse von 325 675 432 M.; d. h. ein Schuldenstand von, annähernd der Höhe, den sie im Jahr 1879 (mit 324 138 684 M.) aufwies, obwohl in diesem 20jährigen Zeitraum von 1879 bis 1898 rund 140 000 000 M. für Eisenbahnbauwerke im außerordentlichen Etat verausgabt worden sind.

In diesen erfreulichen Abschlußzahlen der Staatsrechnung der letzten Jahre spiegelt sich, wie man wohl sagen darf, das Bild unseres wirtschaftlichen Lebens in ziemlich getreuer Weise wieder. Seit einer Reihe von Jahren befindet sich Deutschland im Strom einer aufwärts gehenden wirtschaftlichen Konjunktur, wie solche kaum je beobachtet worden ist, und unser engeres Heimatland blieb hiervon nicht ausgeschlossen. Fast alle Zweige der Industrie und des Großhandels zeigen ein blühendes Gedeihen, neue Industrien werden in umfangreichster Weise ins Leben gerufen, die bestehenden erweitert; im Zusammenhang damit lebhafteste Bautätigkeit in den größeren Städten und starkes Anwachsen der Liegenschaftsumfänge, ferner ein stets stärker, häufig kaum zu befriedigender Begehr nach Arbeitskräften und steigende Löhne; auf unserer Verkehrswege eine erstaunliche Zunahme des Personen- und vor allem des Güterverkehrs. Die Rückwirkungen einer solchen günstigen allgemeinen Wirtschaftslage auf die staatlichen Finanzen sind in den Augen springend; sie treten in einer beträchtlichen Steigerung der Steuerkapitalien namentlich der Gebäudesteuer und der gewerblichen Betriebskapitalien, in eben einer solchen der Kapitalrentensteuerkapitalien und der Einkommensteueransätze zutage.

Eine Steigerung, die den budgetmäßigen Vorausrechnungen jeweils weit voraussetzt; sie zeigen sich weiterhin in der Häufung der spekulativen Immobilienkäufe und der dadurch veranlaßten Steigerung der Liegenschaftsaccise; sie kommen endlich in der Zunahme der Verbrauchkraft der breiten Massen der Bevölkerung zum Ausdruck, wofür das 1898er Ergebnis der Biersteuer mit rund 8 1/2 Millionen Mark ein besonders schlagendes Beispiel liefert. Der geschäftliche Aufschwung des Landes und der wachsende Wohlstand breiter Bevölkerungsschichten, der für unsere Finanzen in den letzten zwei Budgetperioden von so nachhaltigem Einfluß sich erweist, wird in zutreffendster Weise durch das Anwachsen der Steuerkraft des Landes gekennzeichnet, das sich seit 1894 vollzogen hat. Es sind von 1894 bis 1898 gefolgt: die Gebäudesteuerkapitalien von 943 821 450 M. auf 1 072 701 260 M., somit um 128 879 810 M. oder 13,7 Proz.; die Gewerbesteuerkapitalien von 591 250 900 M. auf 784 884 200 M., somit um 193 633 300 M. oder 32,7 Proz.; die Kapitalrentensteuerkapitalien von 1 297 963 560 M. auf 1 567 739 840 M., somit um 269 776 280 M. oder 20,8 Proz.; die Summe der faktierten Einkommen von 530 692 308 M. auf 644 844 098 M., somit um 114 151 790 M. oder 21,5 Proz.

Von Bedeutung für die Finanzen des Landes ist dabei sehr der Umstand, daß an der durch diese Ziffern beleuchteten Wohlstandssteigerung die unteren Volksschichten in anscheinlichem Umfang teilgenommen haben, freilich nicht erst seit den letzten Jahren. Nach einer vergleichenden Zusammenstellung der Ergebnisse der Einkommensteuer-Vorananschläge für die Jahre 1896/97 ergab sich in dieser Zeit eine Zunahme des steuerbaren Einkommens im ganzen um die Summe von 142 595 600 M. und es entfiel von diesem Einkommenszuwachs: auf die Einkommensgruppen von 500—900 M. ein Betrag von 28 106 000 M. oder 19,7 Proz., auf die Einkommensgruppen von 1000—1400 M. ein Betrag von 27 874 000 M. oder 19,6 Proz., auf die Einkommensgruppen von 1500—2000 M. ein Betrag von 29 919 200 M. oder 21,0 Proz., d. h. die Einkommensgruppen bis mit 2000 M. sind an der Zunahme des steuerbaren Einkommens mit einem Betrag von rund 86 000 000 M. oder 60,3 Proz. des gesamten Einkommenszuwachses beteiligt. Die vorstehenden Rückwirkungen einer solchen Wohlstandssteigerung der breiten Masse der Bevölkerung auf den Absatz der Produkte des inländischen Gewerbestandes in seinen mannigfaltigen Verzweigungen und damit auf die Stärkung und Kräftigung unserer Industrie, aber auch eine entsprechende Folgewirkung auf die Finanzen des Landes liegen klar zutage und kommen in den oben mitgeteilten Ziffern der Ergebnisse der letzten Staatshaushaltsrechnungen zum sprechenden Ausdruck.

Aus diesen Wechselbeziehungen zwischen dem augenblicklich günstigen Stand unserer Finanzen und der ungewöhnlich günstigen Konjunktur, von der seit einigen Jahren ein erheblicher Teil des Erwerbslebens, insbesondere des mit Großindustrie und Großhandel in Verbindung stehenden, getragen ist, ergeben sich einige naheliegende Folgerungen, die ich in diesem Zusammenhang nicht ungezogen lassen möchte. Die großen rechnerisch-mathematischen Ueberschüsse der letzten Jahre dürfen nicht als etwas Bleibendes, sondern sie müssen als eine vorübergehende Erscheinung angesehen werden; sie werden sich mindern in dem Maß, als Rückfälle in der allgemeinen Erwerbslage eintreten, mit denen man wohl stets rechnen muß. Das Anwachsen der Steuerkapitalien wird also in der Folge nicht mit Sicherheit in denselben raschen Tempo, wie in der jüngsten Vergangenheit, erfolgen, gewisse Einnahmequellen (Verbrauchssteuern, die Ausgaben aus Eigenschaftsumfängen, die Einnahmen aus unseren Staatsanleihen) werden möglicherweise nicht auf derselben Höhe sich erhalten, wie es in den letzten Jahren der Fall gewesen ist. Ungewöhnlichen Zeitverhältnissen sollte daher nicht jeweils sofort ein bestimmender Einfluß auf das Staatshaushaltsniveau eingeräumt, insbesondere der günstige Abschluß einiger Rechnungsjahre nicht als ausreichend zur Begründung ausdauernden Verdicts auf zeitweilige Einnahmequellen angesehen werden. Auch die Besserung des ordentlichen Staatsaufwands sollte regelmäßig in die normalen Zeittenden zu erwartenden Ertragsrückfälle des Staatshaushalts zum Ausgangspunkt nehmen, und der Veranschlagung, ungewöhnlich reiche Einkünfte aus Steuern und privatwirtschaftlichen Einnahmequellen für eine ebensolche Veranschlagung der in den ordentlichen Ausgabe-Etats vorzustehenden Mittel zu vermerken, wird daher vom Standpunkt einer vorsichtigen Finanzgebarung aus Widerstand zu leisten sein. Ihre richtige Verwendung werden außerordentliche Einnahme-Ueberschüsse in den einmaligen Ausgaben zu Lasten des außerordentlichen Etats zu finden haben. In einer reichen Ausstattung dieser außerordentlichen Etats liegt nichts Bedenkliches, da man beim Eintritt von Einnahme-Rückfällen den außerordentlichen Etat leicht entsprechend benutzen kann, während die im ordentlichen Budget einmal bewilligten Ausgaben eine bleibende Belastung darstellen und späterer Abminderung nicht oder nur sehr schwer fähig sind. Diese Betrachtungen sind, wie schon für die Aufstellung des letzten Budgets, so auch für das neue im allgemeinen maßgebend gewesen: die Steigerung des ordentlichen Staatsaufwands ist zwar

in den verschiedenen Ressorts diesmal eine wesentlich stärkere, als dies innerhalb der drei letzten Budgetperioden der Fall war, und meine Bemerkungen, eine Ermäßigung des Mehraufwands herbeizuführen, sind diesmal nur von sehr bescheidenem Erfolg gewesen; immerhin bleibt die sehr beträchtliche Ausgabeerhöhung hinter der Steigerung der Staatseinkünfte noch zurück. Im Gebiet des außerordentlichen Etats dagegen schien es mir ratsam, eine Dotierung der einzelnen Ressorts in einem sehr umfangreichen Maße, in einem umfangreichen, als es selbst im letzten Budget der Fall gewesen ist, einzutreten zu lassen, obwohl allen laut geäußerten Wünschen auch diesmal nicht entsprochen werden konnte.

Nach diesen Betrachtungen gehe ich auf den Inhalt des Staatsvoranschlags für die Jahre 1900 und 1901 selber näher ein. Der ordentliche Etat schließt ab in den Ausgaben mit 145 898 956 M., in den Einnahmen mit 148 002 268 M., somit mit einem Gesamte-Ueberschuß im Betrag von 2 103 312 M., während im Budget für 1896/97 sich ein Ausgabeüberschuß von 61 510 M. ergeben hatte. Tatsächlich stellt sich der Vergleich zwischen der letzten und der neuen Budgetperiode noch etwas günstiger als nach Inhalt obiger Zahlenergebnisse, da einige, seither im außerordentlichen Etat angeforderte Posten, ihres mehr oder weniger dauernden Charakters halber, erstmalig im neuen Budget im ordentlichen Etat ihre Unterkunft gefunden haben. Es stehen hier besonders in Frage: Dotationen der Geistlichen der beiden christlichen Konfessionen und der Rabbiner mit jährlich 673 400 M., Staatsbeiträge für verschiedene Unterrichtszwecke mit 30 800 M., Aufwendungen für landwirtschaftliche Zwecke (Belämpfung von Tierkrankheiten, Anbauversuche u.) mit 6000 M., Ausgaben für die Geologische Landesanstalt in Heidelberg mit 22 600 M., im ganzen Beträge von jährlich 738 800 M.

Fast man im Sinne der früheren Darstellungen die Spezial-Etats des ordentlichen Budgets in zwei Gruppen zusammen, in die eigentlichen Aufwands-Etats auf der einen, in die Einnahmehetats, d. h. die Etats der eigentlichen Staatseinkünfte liefernden Verwaltungszweige des Finanzressorts auf der anderen Seite, und setzt man überall nur die Netto-beträge, d. h. die Ausgaben abzüglich der Einnahmen und die Einnahmen abzüglich der Ausgaben, Verwaltungskosten und Erhebungskosten ein, so ergibt sich folgendes Bild:

Die Aufwands-Etats der fünf Ministerien und der Oberrechnungskammer ergaben für 1899 einen Betrag von 91 325 121 M., dagegen für ein Jahr der nächsten Budgetperiode einen solchen von 83 693 367 M., d. h. 2 373 246 M. oder 7,6 Prozent jährlich mehr. Die tatsächliche Steigerung der Ausgaben ist indes ein etwas geringere, als sie nach vorstehenden Ziffern sich darstellt, weil, wie bemerkt, eine Anzahl seither im außerordentlichen Budget angeforderten Kosten in Höhe von 733 800 M. im ordentlichen Etat vorgetragen wurde. Das Mehr der Anforderung im ordentlichen Etat mindert sich infolge dessen auf die Summe von 1 639 446 M. und die prozentuale Steigerung beträgt nur noch 5,2 Prozent. Der Ertrag der Einnahmehetats dagegen war für 1899 zu 90 974 115 M., ist dagegen für ein Jahr der neuen Budgetperiode zu durchschnittlich 91 750 023 M., d. h. um 775 908 M. oder 12,2 Prozent höher, veranschlagt. Die beiden Gruppen des ordentlichen Etats ergeben gegenüber dem Etatsjahr 1899 eine Verbesserung von 1 402 682 M.; in Wirklichkeit beträgt diese Verbesserung infolge der mehrerwähnten Veranschlagungen 733 300 M. mehr, also im ganzen 2 135 982 M.

Nach Ministerien verteilt ergeben sich im einzelnen folgende Abweichungen gegenüber dem Jahr 1899: eine Steigerung der Ausgaben und zwar beim Ministerium des Geistes, Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten um 40 323 M., beim Ministerium der Justiz, des Kultus und der Justiz, um 1 796 980 M., beim Ministerium des Innern um 743 589 M. und beim Finanzministerium um 294 523 M.; dagegen eine Verminderung der Ausgaben beim Staatsministerium um 412 218 M. Letztere beruht in der Hauptsache darauf, daß an reinen Matrikularbeiträgen für das Reich vorerst nichts vorgesehen, sondern wie in den letzten beiden Etatsperioden lediglich das sogenannte Biersteueräquivalent als bare Hinauszahlung an das Reich eingestellt worden ist.

Von dem Mehraufwand im Ressort des Ministeriums der Justiz, des Kultus und des Unterrichts ist mit im ganzen 1 796 980 M. trifft in runden Zahlen auf die Gerichte, das Notariat und die Staatsanwaltschaften ein Betrag von 314 000 M., wovon der größere Teil mit etwa 188 000 M. auf das Notariat entfällt und zwar infolge der mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch in Kraft tretenden Änderungen der Dienstverhältnisse der Richter und damit für erforderlich gehaltenen Abminderung der Einkommensverhältnisse dieser Beamten; ferner auf die allgemeinen Ausstattungen für die Rechtspflege ein Betrag von 490 000 M., auf die Strafanstalten 15 000 M., auf den Titel Kultus (hauptsächlich infolge der bereits erwähnten Uebertragung der Pfarrdotationen von außerordentlichen in den ordentlichen Etat) 686 000 M., auf das Unterrichtsministerium 601 000 M., auf den Etat der Wissenschaften und Kunst mit 601 000 M. Das insbesondere den Mehraufwand für Unterrichtszwecke mit 601 000 M. betragende, so find hieran die Hochschulen mit 17 000 M., die Lehrerbildungsanstalten mit 36 000 M., die Hindernisbildungs- und Zahnheilmannschaften mit 14 000 M., die Realschulen mit 89 000 M., die Volkshochschulen mit 141 000 M., die gewerblichen Unterrichtsanstalten mit 64 000 M.

Der Mehraufwand beim Ministerium des Innern mit im ganzen 743 589 M. zeigt sich im wesentlichen zusammen aus einer Mehrerausgabe bei der Bezirksverwaltung und Polizei von 237 000 M. bei der allgemeinen Sicherheitspolizei von 91 000 M., bei den Heil- und Pflegeanstalten von 47 000 M., beim Etat der Landesstatistik von 9 000 M., bei der Gewerbe- und Landwirtschaftspflege von 75 000 M., bei der Wasser- und Straßenbauverwaltung (zugleich einer Mindereinnahme an Beiträgen u. v. 126 000 M.) von 244 000 M.

Der Aufwands-Etats des Finanzministeriums schließt gegen bisher ungünstiger ab um jährlich 294 523 M. und zwar hauptsächlich infolge von Mehrausgaben bei der Postverwaltung von 42 000 M., bei der Zollverwaltung von 196 000 M. und beim Etat für Ausgabe-Etats, Unternehmenseinnahmen und Sndangeben von 424 000 M., welchen Beträgen eine Mindereinnahme bei der allgemeinen Kassenverwaltung von 376 000 M. gegenüber steht. Diese letztere hängt teilweise mit den vorerwähnten Mehrausgaben insoweit zusammen, als die von der Reichsstaats geleistete Vorkaufsgarantie für Ausgabe-Etats der badischen

und General Barton's verläutet, sind lediglich Sensationsmeldungen der hiesigen Blätter, ohne jeden tatsächlichen Rückhalt. General Sibyard versuchte selbst zum letzten Male am Mittwochabend die engere Einschließung Estcourt's mit seinen 5000 Mann durch seinen Ausfall inmitten eines schweren Sturmes zu verhindern und den Feind nämlich zu überfallen. Dieser Indes hat offenbar einen kräftigen Kundschafterdienst, denn er ließ den englischen General ruhig in das seiner Taktik gemäß schnell und kampflustig geräumte Lager einrücken, um ihn dann gleich darauf von drei Seiten anzugreifen. Die Engländer konnten nicht einmal ihre Geschütze in Position bringen und mußten schließlich einen fluchtartigen Rückzug nach Estcourt antreten, ohne den Feind selbst auch nur gesehen zu haben. Heute wurden an Mooi-Flusse von den dort eingeschlossenen Leuten Barton's die abgeschüttelten Telegraphendrähte wieder repariert und dies und die Meldung eines Regens, der junge Joubert (Sohn des Generals), sei mit seinem Kommando auf der Straße nach Greytown abgezogen, wurde dahin aufgekauft, die Belagerung Estcourts sei aufgehoben.

Englische Cassandra-Rufe.

Der „große Sieg“ Lord Methuens am Rastis's Kop hat nur einen schwachen Ausbruch von Schein-Enthusiasmus in den unteren Volksschichten hervorgerufen. Man glaubt selbst in London an diese Siegesbulletins nicht mehr, die stets, wie eine fata Morgana in Luft zerrinnen. Gerade in den letzten drei Tagen hatte man in Afrika zuviel gefestigt, selbst die „Daily Mail“ rief noch gestern mit einem tiefen Seufzer aus: „Es ist zu schön, um daran glauben zu können!“ Das ging auf die große Schlacht von Ladysmith, in welcher General White vergangenen Sonntag Jouberts Heer vernichtet, die Blüte der Buren-Kommandos gefangen genommen, ihr sämtliches schweres Geschütz erbeutet und auf dem Wege nach Estcourt sein sollte, um die vor ihm stehenden Buren General Clerx in die Arme zu treiben, der seinerseits soeben das Mooi-Lager und Estcourt einnahm. Vierundzwanzig Stunden später, am Samstag, dementierte White selbst diese große Botenschaft. Zum Trost kam aber gleichzeitig die Siegespost, General Methuen habe Kimberley und Masering

entsetzt. Das mußte wahr sein, denn es stand in der offiziellen „Times of Natal“, welche ihrerseits die Nachricht aus „autoritativer Quelle“ haben wollte. Leider hat sich das so gut informierte Durbaner Blatt etwas zu sehr beeilt, denn es ließ die englischen Garden genau um dieselbe Zeit Kimberley und Masering, als seien es Nachbarstädte, entsetzen, in welcher diese Garden sich am Rastis's Kop blutige Kämpfe hielten. So verpuffte auch dieser Sieg, und es war kaum ein Trost, daß um dieselbe Stunde an der Börse die Quotisten eintraf, Masering habe am 22. November kapituliert. Offenbar, um diesem deprimierenden Zustande etwas aufzuheben, mußte Reuters „offiziell“ aus Durban melden, es ständen keine Buren mehr südlich von Mooi-Flusse, aber auch das dementierte fast gleichzeitig Reuters eigener Korrespondent in Durban. Das „steigende“ Geschick bei Willow Grange, wo die angeblich 5000 Mann des Mooi-Flusse-Lagers den 2500 Mann in Estcourt die Hand reichen und die zwischen beiden Plätzen stehenden Buren zermalmen sollten, endete mit dem offiziellen Eingeständnis, die englischen Generale hätten vor der Ueberlegenheit der Buren-artillerie bei Tagesanbruch ihre Positionen räumen und in ihre alten eingeschlossenen Stellungen zurückgehen müssen.

Um alledem die Krone aufzusetzen, kam aus Queenstown die Schreckensnachricht (allerdings auch so verhallt, daß dem Nicht-eingeweihten ihre Tragweite gar nicht klar wurde), ein starkes Kommando habe die große Eisenbahnbrücke zwischen Middleburg und Mossmead Junction in die Luft gesprengt und sich gleichzeitig der Bahnhalle Middleburg-Stormberg bemächtigt. Was das bedeutet? daß die von Port Elizabeth heranziehenden Entsatztruppen von der Vereinigung sowohl mit General Methuen, wie mit General Gecacre abgeschnitten sind und das angeblich längst wiederbesetzte, wichtige Kaapvoort, der Kreuzungspunkt der Bahn von Middleburg nach Colesberg einerseits und De Kar andererseits, entweder von den Freistaatskräften wiedergewonnen oder die dort stehenden englischen Kolonnen, nominell 3000 Mann mit dem ganzen Proviant- und Munitions-Depot für General Methuen eingeschlossen, respektive abgeschnitten oder gar gefangen sind. Um das Maß voll zu machen, befestigte es sich, daß Kommandant Grobler Hanover und Richmond süd-

lich von De Kar hält und die Afrander der Distrikte Gradod und Graaf Reinet sich bemächtig haben.

Unter solchen Umständen kann es nicht überraschen, wenn die allgemeine tiefe Niederergeschlagenheit, besonders der leitenden, natürlich unterrichteten Kreise, sich schließlich auch in der Presse Luft macht. So schreibt heute der „Sunday Special“: „Die öffentliche Meinung wird immer exzessiver, ungeduldiger, erwartet immer ängstlicher eine Entwidlung der Dinge, und doch scheint sie schicksalsvoll verurteilt, noch weiteren Negermissen und alarmierenden Verzögerungen unterworfen zu werden. Die Ursachen sind in der That dafür genug... Die gegenwärtige Haltung Jouberts bedeutet, daß er imlande ist, Ladysmith zu massieren und durch seine Belagerung in der Hand zu halten und gleichzeitig in voller Freiheit gen Siden vorzurücken, Estcourt zu blockieren, den Mooi-Fluss zu halten und selbst Mariburg zu bedrohen. Estcourt ist isoliert, die Kanonen des Feindes beherrschen unser Lager am Mooi-Fluss, seine Kanonziege vernichtet das ganze Land von Osten bis Westen und südlich weit hinab bis zum Umgens-Flusse. Sind diese ausgedehnten Operationen nicht mehr denn (wie behauptet) die verzweifeltsten Ausflüchte einer demoralisierten und verzweifelnden Kolonne? Auf alle Fälle müßte diese nicht auf der ganzen Linie von Sir Francis Clerx, welcher jetzt 16 000 Mann unter sich hat, angegriffen und dieser demütigenden Lage ein Ende gemacht werden? Und doch liegt es in der Situation, daß wir für die nächste Zukunft von keiner entscheidenden Aktion in Natal hören werden. General Buller hält seine Pläne, seine Bewegungen, seine Öffnung und seine Angst in einen undurchdringlichen Schleier.“

Theater und Musik.

Die italienische Oper in Sadafrita. Trotz der schon drohenden Kriegsgefahr war eine italienische Operngesellschaft für den Herbst nach Kapstadt engagiert worden, wo die Art von Vorstellungen noch unbekannt war. „Trovatore“, „Martha“, „Cavalleria rusticana“ und die „Bajazzi“ wurden mit sehr großem Erfolg gegeben.

